

ZARA-Kolumne „Geht's mich was an?“

im: Augustin Nr. 175, Februar 2006

Stopp der rassistischen Anzeigenpraxis!

Rassistische Stellenangebote und Jobinserate haben in Österreich immer noch systematische Praxis. Mit dem Zusatz „Nur Inländer“ oder „keine Ausländer“ werden große Teile der Bevölkerung vom Arbeits- und Wohnungsmarkt einfach ausgeschlossen. Dem Recht nach sind diskriminierende Anzeigenschaltungen verboten, jedoch fehlt in Österreich das Bewusstsein dafür, dass das gezielte Ausschließen von Menschen aufgrund ihrer Herkunft strafbar ist. ZARA will diese strafbare, rassistisch diskriminierende Praxis nun endgültig stoppen, und hat bei 100 dokumentierten „Nur-InländerInnen“-Inseraten im Arbeits- und Wohnungsmarkt Anzeige erstattet. Die Anzeigen wurden bei einem stichprobenartigen Scann von den MitarbeiterInnen der Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus innerhalb von nur zwei Wochen in den gängigen österreichischen Print- und Onlinemedien gefunden. ZARA hat in jedem einzelnen Fall Anzeige nach dem neuen GIBG (Gleichbehandlungsgesetz) und nach Art. IX Abs 1 Z 3 EGVG (Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen) bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden erhoben. Jedoch ist zu befürchten, dass das neue GIBG im Fall der diskriminierenden Anzeigen ineffizient ist. Im Konkreten sieht das GIBG vor, dass nach einer ersten Anzeige wegen diskriminierenden Stellenausschreibungen die ArbeitgeberInnen (nur) zwingend verwarnet werden müssen. Das Gesetz trifft jedoch keine Vorsorge dafür, dass die Behörden registrieren, ob jemand bereits einmal verwarnet worden ist und somit eine Geldstrafe (bis zu 360 Euro) verhängt werden muss. *„Folgen auf klar diskriminierenden Anzeigen nur Verwarnungen, bleibt der Effekt eines Unrechtsbewusstseins ganz einfach aus. ZARA hat den Volksanwalt Dr. Peter Kostelka eingeschaltet, damit jemand systematisch überprüft, wie Verwaltungsbehörden mit solchen Anzeigen umgehen“, so Mag. Dieter Schindlauer, ZARA-Obmann und Jurist.*

Darüber hinaus hat ZARA im Zuge einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit informiert. Auch wenn die zu befürchtenden Strafen nicht im Verhältnis zu den konkreten Auswirkungen für die Betroffenen stehen, soll diese Aktion von ZARA ein

Unrechtsbewusstsein schaffen. Denn es ist peinlich, dass Österreich das letzte EU-Land ist, in dem rassistische „Nur-InländerInnen“-Inserate zum Alltag gehören.

Karin Bischof / ZARA

P.S: Jetzt noch schnell anmelden zum ZARA-Lehrgang Sommersemester 2006!
Infos unter: www.zara.or.at